

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b>	25
A. Problemaufriss .....	26
I. Digitalisierung juristischer Tätigkeitsfelder in Wissenschaft und Praxis ..	26
II. Neue Dienstleister auf dem Rechtsdienstleistungsmarkt .....	28
III. Folgen für die Anwaltschaft .....	29
B. Stand der Wissenschaft .....	30
C. Untersuchungsgegenstand .....	32
D. Gang der Untersuchung .....	33
<i>Kapitel 1</i>	
<b>Die Auswirkungen von Legal Technology auf die anwaltliche Rechtsdienstleistung</b>	36
A. Begriffsbestimmung Legal Technology .....	37
I. Historische Entwicklung .....	38
II. Kategorisierungen des Legal-Tech-Marktes .....	39
III. Der Wortlaut als Ausgangspunkt .....	41
IV. Fokussierung auf den Kern juristischer Tätigkeiten .....	43
V. Anknüpfung an die Erbringung einer Rechtsberatung .....	44
VI. Legal Technology als Vehikel zur Strukturierung und Standardisierung von juristischem Fachwissen .....	46
VII. Schlussbetrachtung .....	48
B. Gewerbliche Legal-Tech-Dienstleister als neue Akteure auf dem Rechts- dienstleistungsmarkt .....	49
I. Die hinter den Legal-Tech-Dienstleistern stehenden Geschäftsmodelle ..	50
1. Die Durchsetzung von Forderungen mit Hilfe von Legal Technology	50
2. Das Zessionsmodell .....	52
3. Vertrags- und Dokumentengeneratoren .....	53
4. Außergerichtliche Interessenvertretung mittels Legal Technology ..	54
5. Intermediäre zwischen Rechtssuchenden und Rechtsanwälten .....	55
6. Schlussbetrachtung .....	56
II. Die Öffnung des Rechtsdienstleistungsmarktes durch die Recht- sprechung vor dem Hintergrund des Art. 12 Abs. 1 GG .....	56
1. Das Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG) .....	57

2.	Die Rechtsprechung des BVerfG zur Reichweite des RDG bei Inkassodienstleistern .....	59
3.	Das wenigermiete.de-Urteil des BGH .....	60
4.	Das Smartlaw-Urteil des BGH .....	64
5.	Das Lkw-Kartell-Urteil des LG München I .....	66
6.	Das HateAid-Urteil des OLG Köln .....	70
7.	Vorschläge zur Reform des RDG .....	71
8.	Fazit .....	74
III.	Die Reaktion der Anwaltschaft auf die neue Konkurrenz durch Legal-Tech-Dienstleister .....	74
1.	Die Rolle von Rechtsanwälten bei den Geschäftsmodellen von Legal-Tech-Dienstleistern .....	75
2.	Die Reaktionen der Rechtsanwaltskammern .....	76
3.	Die Reaktion des Deutschen Anwaltsvereins .....	78
4.	Fazit .....	78
IV.	Zusammenfassung .....	79
C.	Das disruptive Potential von Legal Technology auf dem Rechtsdienstleistungsmarkt .....	79
I.	Begriffsbestimmungen .....	80
1.	Die anwaltliche Tätigkeit .....	80
2.	Disruptive Effekte .....	81
3.	Die Kommodifizierung der Rechtsdienstleistung und die digitale Fertigungsstraße .....	82
II.	Welche Vorteile bietet Legal Technology gegenüber der klassischen anwaltlichen Rechtsdienstleistung? .....	85
1.	Effizienzsteigerung durch Legal Technology .....	85
2.	Verbesserung des Zugangs zum Recht .....	88
3.	Dezentralisierung und Visualisierung der Rechtsdienstleistung .....	92
4.	Die unbegrenzte Skalierbarkeit automatisierter Rechtsdienstleistungen .....	93
5.	Die Unvoreingenommenheit der Tools gegenüber den Rechtssuchenden .....	95
6.	Der Mensch als potenzielle Fehlerquelle .....	96
7.	Die Bewahrung von Expertenwissen .....	97
8.	Legal Technology als Instrument zur automatisierten Rechtsdurchsetzung .....	98
9.	Fazit .....	101
III.	Welche Hindernisse stehen disruptiven Effekten auf dem Rechtsdienstleistungsmarkt entgegen? .....	102
1.	Die rechtlichen Hürden für nicht-anwaltliche Legal-Tech-Dienstleister .....	102
2.	IT-Sicherheit und Legal Technology .....	104
3.	Die Unübersichtlichkeit des Rechtsdienstleistungsmarktes als bremender Faktor .....	105

4.	Kosten als limitierender Faktor bei der Entwicklung neuer Legal-Tech-Dienstleistungen .....	107
5.	Der Mensch als verdeckte Fehlerquelle .....	109
6.	Technik- und Sprachbarrieren bei der Inanspruchnahme digitaler Rechtsdienstleistungen .....	110
7.	Menschliche Empathie als wesentlicher Bestandteil der Rechtsdienstleistung .....	112
8.	Legal-Tech-Dienstleistungen abseits standardisierbarer Fallkonstellationen .....	114
9.	Die Automatisierung des Subsumtionsvorgangs .....	115
10.	Fazit .....	120
IV.	Die neue Stellung der Anwaltschaft auf dem Rechtsdienstleistungsmarkt	121
1.	Die Konkurrenz durch Legal-Tech-Dienstleister .....	121
2.	Die Stärken der anwaltlichen Rechtsberatung .....	122
3.	Die Perspektiven mit Legal Technology .....	123
4.	Schlussbetrachtung .....	125

## *Kapitel 2*

### **Die Einsatzfelder von Legal Technology bei der anwaltlichen Mandatsbearbeitung**

A.	Der Ablauf der anwaltlichen Mandatsbearbeitung .....	127
I.	Das anwaltliche Mandat .....	127
II.	Die Stufen der anwaltlichen Mandatsbearbeitung .....	128
B.	Die Einsatzmöglichkeiten von Legal Technology in den unterschiedlichen Stadien der anwaltlichen Mandatsbearbeitung .....	130
I.	Vorüberlegungen .....	130
1.	Künstliche Intelligenz .....	130
a)	Die Funktionsweise konventioneller Software .....	131
aa)	Definition des Softwarebegriffs .....	131
bb)	Algorithmen .....	131
cc)	Konventionelle Software als ein regelbasiertes System .....	132
dd)	Zusammenfassung .....	133
b)	Ansätze zur Definition des Begriffs der „Künstlichen Intelligenz“ .....	133
aa)	Die unterschiedliche Bedeutung von „Artificial Intelligence“ und „Künstlicher Intelligenz“ .....	134
bb)	Die Nachbildung kognitiver menschlicher Leistungen .....	135
cc)	Beschränkung auf „starke“ Künstliche Intelligenz .....	136
dd)	Anknüpfung an den Turing-Test .....	137
ee)	Die Künstliche Intelligenz als Black-Box .....	137
ff)	Der Definitionsansatz der EU-Kommission .....	138
gg)	Eigene Bewertung .....	139

c) Die technischen Hintergründe .....	140
aa) Die historische Entwicklung intelligenter Systeme .....	141
bb) Technische Grundlagen .....	142
cc) Ein Überblick über die unterschiedlichen Ansätze des Machine Learning .....	144
(1) unsupervised learning .....	144
(2) reinforcement learning .....	145
(3) supervised learning .....	146
(4) Schlussbetrachtung .....	147
d) Begriffliche Abgrenzung zwischen Künstlicher Intelligenz und Expertensystemen .....	147
2. Legal Technology im Vorfeld der eigentlichen Mandatsbearbeitung	149
a) Die Mandantenakquise .....	149
b) Büroverwaltungssoftware (Office Tech) .....	152
II. Die Anwendung von Legal Technology im Kernbereich der anwaltlichen Mandatsbearbeitung .....	154
1. Die Anwendung von Legal Technology bei der Sachverhaltserfas- sung und bei der Sachverhaltsanalyse .....	155
a) Die Sachverhaltserfassung unter Anwendung von Legal Technology .....	156
aa) Grundlagen der anwaltlichen Sachverhaltserfassung .....	156
bb) Die Sachverhaltserfassung durch Legal Technology .....	157
(1) Das persönliche Mandantengespräch unter Zuhilfe- nahme von digitalen Fernkommunikationsmitteln .....	157
(2) Die Sachverhaltserfassung mit Hilfe von Online-Formu- laren .....	158
(3) Die Sachverhaltserfassung mit Hilfe von Legal Chatbots	160
b) Die Sachverhaltsanalyse unter Einsatz von Legal Technology ..	162
aa) Grundlagen der anwaltlichen Sachverhaltsanalyse .....	162
bb) Die Sachverhaltsanalyse durch Legal Technology .....	163
(1) Die unterschiedlichen Analyseverfahren .....	164
(2) Die automatisierte Dokumentenanalyse .....	166
(3) Exkurs: Rechtsvisualisierung .....	169
2. Die Anwendung von Legal Technology bei der Rechtsprüfung ..	170
a) Das Auffinden von Rechtserkenntnisquellen unter Einsatz von Legal Technology .....	170
aa) Grundlagen der anwaltlichen Recherche .....	170
bb) Die anwaltliche Recherche mittels Legal Technology .....	171
(1) Kanzleiinterne Datenbanken .....	172
(2) Rechtsinformationssysteme .....	173
(a) Die historische Entwicklung der Rechtsinforma- tionssysteme .....	174
(b) Die Anbieter von Rechtsinformationssystemen ...	174

Inhaltsverzeichnis

11

(c) Technische Grundlagen .....	176
b) Die Rechtsprüfung unter Einsatz von Legal Technology .....	178
aa) Grundlagen der anwaltlichen Rechtsprüfung .....	178
bb) Die anwaltliche Rechtsprüfung mit Hilfe von Legal Technology .....	179
(1) Instrumente zur Unterstützung der anwaltlichen Rechtsprüfung .....	180
(2) Rechtsgeneratoren .....	181
(a) Regelbasierte Rechtsgeneratoren .....	181
(b) Rechtsgeneratoren auf Basis Künstlicher Intelligenz .....	183
3. Die Anwendung von Legal Technology bei der Rechtsberatung und Rechtsgestaltung .....	185
a) Grundlagen der anwaltlichen Rechtsberatung im engeren Sinne ..	185
b) Die anwaltliche Rechtsberatung mit Hilfe von Legal Technology ..	186
aa) Legal Technology zur Unterstützung der persönlichen anwaltlichen Rechtsberatung .....	187
bb) Automatisierte Rechtsberatung durch Legal Technology ..	189
(1) Die Funktionsweise eines Rechtsberatungstools .....	189
(2) Der Einsatz von Rechtsberatungstools zur Unterstützung der persönlich erbrachten, anwaltlichen Rechtsdienstleistung .....	191
(3) Beispiele aus der Praxis .....	191
cc) Dokumentengeneratoren .....	192
(1) Der Einsatz von Dokumentengeneratoren durch Mandanten und Rechtsanwälte .....	193
(2) Die Funktionsweise eines Dokumentengenerators .....	194
(a) Die Eingabekomponente .....	194
(b) Die Dokumentenerstellung .....	195
(c) Die Dokumentenausgabe .....	196
(3) Einsatzfelder Künstlicher Intelligenz .....	197
4. Die Anwendung von Legal Technology bei der Rechtsdurchsetzung .....	198
a) Grundlagen der anwaltlichen Rechtsdurchsetzung .....	198
b) Die gerichtliche Rechtsdurchsetzung mit Hilfe von Legal Technology .....	199
aa) Legal Prediction .....	200
(1) Historische Entwicklung .....	200
(2) Technische Grundlagen .....	201
(3) Anwendungsbeispiele .....	203
(4) Exkurs: Legislative Prediction .....	204
bb) Die Kommunikation zwischen Rechtsanwälten und Gerichten .....	204
cc) Legal Technology im Gerichtsverfahren .....	207
(1) Die elektronische Akte .....	207

(2) Virtuelle Verhandlungen .....	207
(3) Automatisierte Gerichtsentscheidungen .....	209
c) Die außergerichtliche Rechtsdurchsetzung mit Hilfe von Legal Technology .....	209
aa) Die Geltendmachung von Ansprüchen .....	210
bb) Online Dispute Resolution.....	210
(1) Grundlagen .....	211
(2) Einsatzfelder von ODR .....	213
<i>Kapitel 3</i>	
<b>Die Wechselwirkung zwischen der anwaltlichen Nutzung von Legal Technology und den vertraglichen Pflichten des Rechtsanwalts gegenüber seinem Mandanten</b>	215
A. Der Anwaltsvertrag als rechtliches Fundament der anwaltlichen Rechts- dienstleistung .....	216
I. Die schuldrechtliche Einordnung des Anwaltsvertrags .....	217
II. Der Vertragsschluss .....	218
1. Einschränkungen der negativen Vertragsfreiheit bei Nutzung von Legal Technology? .....	219
2. Das Zustandekommen des Anwaltsvertrags bei über das Internet erbrachter Rechtsdienstleistungen .....	221
a) Die elektronische Übermittlung der Willenserklärung .....	221
b) Der Vertragsschluss mittels automatisierter oder autonomer Willenserklärungen .....	222
aa) Die offerta ad incertas personas .....	223
bb) Die automatisierte Willenserklärung .....	223
cc) Die autonome Willenserklärung .....	225
dd) Fazit .....	226
c) Der Vertragsschluss bei kostenloser Bereitstellung von Prüfungs- tools .....	226
3. Verbraucherschutzrechte im Anwaltsvertrag .....	227
a) Der Anwaltsvertrag als Fernabsatzvertrag .....	227
b) Informationspflichten im elektronischen Geschäftsverkehr .....	229
c) Der Anwaltsvertrag als Verbrauchervertag über digitale Pro- dukte .....	230
III. Rechtsquellen der vertraglichen Pflichten des Rechtsanwalts gegenüber seinem Mandanten.....	231
1. Regelungen der anwaltlichen Pflichten im BGB und im anwaltlichen Berufsrecht .....	232
2. Der Anwaltsvertrag als primäre Quelle der anwaltlichen Pflichten..	232
3. Die durch die Rechtsprechung entwickelten Anwaltpflichten .....	233
4. Exkurs: Vorvertragliche Pflichten des Rechtsanwalts gegenüber einem Rechtssuchenden .....	235

B. Die Rechtsdienstleistung unter Einbeziehung von Legal Technology als anwaltliche oder nicht-anwaltliche Rechtsdienstleistung .....	236
I. Die Abgrenzung zwischen anwaltlichen und nicht-anwaltlichen Tätigkeiten .....	237
1. Gründe für die Abgrenzung zwischen anwaltlichen und nicht-anwaltlichen Dienstleistungen .....	237
2. Gesetzliche Anknüpfungspunkte für die Abgrenzung .....	238
3. Abgrenzungskriterien .....	240
a) Die Vorranglösung .....	240
b) Kriterienbasierte Abgrenzung .....	240
c) Abgrenzung anhand des Schwerpunkts der Tätigkeit .....	241
aa) Objektiver Beurteilungsmaßstab .....	241
bb) Subjektivierter Beurteilungsmaßstab .....	242
d) Stellungnahme .....	243
II. Kategorisierung der anwaltlichen Legal-Tech-Anwendungen .....	244
1. Die Unterstützung von Softwareentwicklungen durch Rechtsanwälte .....	244
2. Softwareentwicklung und -vertrieb durch Rechtsanwälte .....	245
3. Die Nutzung von Legal Technology zur Unterstützung der rechtlichen Beratung und Vertretung des Mandanten .....	248
4. Die Bereitstellung von vollautomatisierten Rechtsberatungstools und Dokumentengeneratoren .....	249
a) Eigenentwicklungen des Rechtsanwalts .....	250
aa) Einzelfallanwendungen .....	250
bb) Skalierbare Anwendungen .....	251
b) Entwicklungen durch Drittanbieter .....	253
aa) Durch den Rechtsanwalt ausgestaltete Systeme .....	253
bb) Bereitstellung einer Fremdsoftware .....	254
III. Schlussbetrachtung .....	254
C. Die anwaltsvertraglichen Pflichten bei Nutzung von Legal Technology .....	255
I. Die Verpflichtung des Rechtsanwalts zur persönlichen Leistungserbringung .....	256
1. Pflichtumfang .....	257
2. Auswirkungen auf Legal-Tech-Anwendungen .....	258
a) Die digitale Kommunikation mit dem Mandanten .....	258
b) Die Unterstützung der persönlichen Leistungserbringung durch Legal Technology .....	259
c) Die Automatisierung der Leistungserbringung .....	260
aa) Rechtsprechung des BGH .....	260
bb) Folgen für die Automatisierung der anwaltlichen Tätigkeit ..	261
3. Fazit .....	262
II. Der Verschuldensmaßstab bei Nutzung von Legal Technology durch den Rechtsanwalt .....	263
1. Der allgemeine Verschuldensmaßstab .....	263

2.	Der Einfluss von Legal Technology auf den Sorgfaltmaßstab . . . . .	264
a)	Der Umgang mit EDV-Risiken . . . . .	264
aa)	Softwarefehler . . . . .	264
bb)	Einbeziehung von Erfüllungsgehilfen . . . . .	266
cc)	Verhalten Dritter . . . . .	267
b)	Der Einsatz von Legal Technology als verkehrsübliche Sorgfalt? . . . . .	268
3.	Das Erfordernis einer Verschuldenszurechnung bei Nutzung intelligenter Systeme . . . . .	268
III.	Die anwaltlichen Hauptleistungspflichten bei Anwendung von Legal Technology durch den Rechtsanwalt . . . . .	269
1.	Die Pflicht zur Sachverhaltsaufklärung . . . . .	270
a)	Anforderungen an die Aufklärung des Sachverhalts . . . . .	271
aa)	Die Ermittlung der Ziele des Mandanten . . . . .	271
bb)	Die Aufklärung des Sachverhalts . . . . .	272
b)	Folgen der Sachverhaltsaufklärungspflicht für anwaltliche Legal-Tech-Anwendungen . . . . .	274
aa)	Die Eröffnung digitaler Kommunikationskanäle . . . . .	274
(1)	Die Informationsübermittlung durch den Mandanten . . . . .	274
(2)	Die Feststellung der Identität des Mandanten . . . . .	276
bb)	Der Einsatz von Online-Formularen und Chatbots . . . . .	276
(1)	Menschliche Eigenschaften als Voraussetzung einer vollständigen Sachverhaltsaufklärung? . . . . .	277
(2)	Anforderungen an eine automatisierte Sachverhalts erfassung . . . . .	278
cc)	Besonderheiten der Sachverhaltsanalyse mittels Legal Technology . . . . .	280
dd)	Zwischenfazit . . . . .	281
c)	Rückwirkung auf Art und Umfang der Sachverhaltsaufklärungspflicht . . . . .	281
d)	Auswirkungen auf den anwaltlichen Sorgfaltmaßstab . . . . .	283
e)	Schlussbetrachtung . . . . .	285
2.	Die Pflicht zur umfassenden rechtlichen Prüfung . . . . .	285
a)	Anforderungen an die anwaltliche Rechtsprüfung . . . . .	286
b)	Folgen der Rechtsprüfungspflicht für die Anwendung von Legal Technology . . . . .	288
aa)	Die Anwendung von Recherchetools durch den Rechts anwalt . . . . .	289
(1)	Folgen der Rechtsprüfungspflicht für die Anwendungen von Recherchetools . . . . .	289
(2)	Rückwirkung auf Art und Umfang der Rechtsprüfungspflicht . . . . .	290
(a)	Kein Absinken des Pflichtenumfangs . . . . .	290
(b)	Pflicht zur Nutzung von Rechtsinformationssystemen? . . . . .	291

(aa) Meinungsstand .....	291
(bb) Stellungnahme .....	292
(cc) Ausnahmen .....	293
(c) Verkürzung des Zeitraums zur Kenntnisnahme neuer Rechtsentwicklungen .....	294
(3) Auswirkungen auf den anwaltlichen Sorgfaltsmaßstab .	295
(4) Schlussbetrachtung .....	296
bb) Die Nutzung von Legal Technology bei der anwaltlichen Rechtsprüfung im engeren Sinne.....	297
(1) Folgen der Rechtsprüfungspflicht für die Anwendung von Rechtsgeneratoren und anderen Rechtsprüfungs- tools .....	297
(a) Anwendung als Kontrollinstrument .....	297
(b) Anwendung zur automatisierten Rechtsprüfung ...	298
(aa) Rückführbarkeit der Systemausgabe auf den Rechtsanwalt .....	298
(bb) Erforderlicher Umfang der automatisierten Rechtsprüfungen .....	300
(2) Rückwirkung auf Art und Umfang der Rechtsprüfungs- pflicht .....	301
(a) Absenkung der Rechtsprüfungspflicht .....	301
(b) Pflicht zur Nutzung von Legal Technology zur Kontrolle der anwaltlichen Rechtsprüfung .....	303
(3) Auswirkungen auf den anwaltlichen Sorgfaltsmaßstab .	304
(4) Schlussbetrachtung .....	305
3. Die Pflicht zur Beratung und Belehrung des Mandanten .....	305
a) Anforderungen an die anwaltliche Rechtsberatung im engeren Sinne und die Belehrung des Mandanten .....	306
b) Folgen der Rechtsberatungspflicht für die Anwendung von Legal Technology .....	308
aa) Der erforderliche Beratungsumfang .....	308
bb) Der individuelle Mandant als Bezugspunkt für den Bera- tungsumfang .....	309
c) Rückwirkung auf Art und Umfang der Rechtsberatungspflicht des Rechtsanwalts .....	311
aa) Absenkung der Rechtsberatungspflicht .....	311
bb) Verpflichtung des Rechtsanwalts, den Mandanten auf abstrakte Risiken hinzuweisen .....	313
cc) Zugang des Mandanten zu vorläufigen Beratungsergebnis- sen .....	314
dd) Pflicht zur Nutzung von Legal Technology zur Kontrolle der anwaltlichen Rechtsberatung .....	314
ee) Instruktionspflichten .....	315
d) Auswirkungen auf den anwaltlichen Sorgfaltsmaßstab .....	316

e) Schlussbetrachtung .....	317
4. Die Pflicht des Rechtsanwalts zur ordnungsgemäßen Prozessvertretung .....	318
a) Die Vertretung des Mandanten in einer virtuellen Gerichtsverhandlung .....	318
aa) Allgemeine Anforderungen zur Wahrnehmung von Gerichtsterminen .....	319
bb) Besondere Anforderungen an die anwaltliche Vertretungspflicht bei virtueller Teilnahme an der mündlichen Verhandlung .....	319
b) Die inhaltlichen Anforderungen an anwaltliche Schriftsätze .....	322
c) Die Pflicht zur Wahrung materieller und prozessualer Fristen bei Anwendung von Legal Technology .....	323
aa) Allgemeine Anforderungen an den Umgang mit Fristen .....	323
bb) Auswirkungen auf den Einsatz elektronischer Fristenkalender .....	324
cc) Auswirkungen auf den Einsatz von Textverarbeitungsprogrammen zur Erstellung fristwahrender Dokumente und Schriftsätze .....	326
dd) Die Besonderheiten der elektronischen Übermittlung von Schriftsätzen an die Gerichte .....	326
(1) Sorgfaltsmaßstab .....	326
(2) Passive Nutzungspflicht .....	327
(3) Aktive Nutzungspflicht .....	330
(a) Anforderungen an die elektronische Einreichung nach § 130a ZPO .....	331
(aa) Zulässige Dateiformate .....	331
(bb) Nachweis der Authentizität .....	332
(cc) Verwendung von Container-Signaturen .....	334
(b) Eingang eines elektronischen Dokuments gem. § 130a Abs. 5 ZPO .....	336
(aa) Nachrichtenversand an die falsche Empfangsadresse .....	337
(bb) Zurechnung von technischen Störungen .....	338
(c) Die Pflicht zur elektronischen Übermittlung gem. § 130d ZPO .....	340
(aa) Pflicht zum Wechsel des Übermittlungswegs bei technischen Störungen .....	341
(bb) Pflicht zur aktiven Nutzung des beA .....	342
(cc) Anwendung des § 130d S. 2 ZPO bei Störung des Sendegeräts .....	344
(dd) Das Merkmal der „vorübergehenden“ Störung .....	345
ee) Schlussbetrachtung .....	346

IV. Die anwaltlichen Nebenleistungs- und Schutzpflichten bei Anwendung von Legal Technology durch den Rechtsanwalt .....	348
1. Die anwaltliche Verschwiegenheitspflicht .....	349
a) Anforderungen der Verschwiegenheitspflicht an die Mandatsbearbeitung durch den Rechtsanwalt .....	349
b) Folgen der vertraglichen Verschwiegenheitspflicht für die Anwendung von Legal Technology .....	352
aa) IT-Sicherheit zum Schutz der Mandantengeheimnisse .....	352
bb) Die Vertraulichkeit elektronischer Kommunikationskanäle ..	353
(1) Ausspähung der Kommunikation durch unbefugte Dritte	353
(2) Kenntnisnahme durch den Kommunikationsdienstleister und sonstige IT-Dienstleister .....	356
(3) Erforderliche Schutzmaßnahmen .....	356
(4) Hinweispflicht des Rechtsanwalts .....	358
cc) Anforderungen an mobiles Arbeiten .....	360
c) Die anwaltliche Verschwiegenheitspflicht bei Inanspruchnahme von Dienstleistungen .....	362
aa) Non-Legal-Outsourcing und Legal Process Outsourcing ...	362
bb) Inanspruchnahme von IT-Dienstleistungen nach § 43e BRAO .....	363
cc) Übertragung der Grundsätze des § 43e BRAO auf die vertragliche Verschwiegenheitsverpflichtung des Rechtsanwalts	368
d) Auswirkungen auf den anwaltlichen Sorgfaltstaßstab .....	368
e) Schlussbetrachtung .....	370
2. Die Pflicht zur Wahl des relativ sichersten Weges .....	371
a) Anforderungen der Pflicht zur Wahl des relativ sichersten Weges an die anwaltliche Mandatsbearbeitung .....	371
b) Folgen der Pflicht zur Wahl des relativ sichersten Weges für die Anwendung von Legal Technology .....	373
c) Rückwirkung auf Art und Umfang der Pflicht zur Wahl des relativ sichersten Wegs .....	375
d) Auswirkungen auf den anwaltlichen Sorgfaltstaßstab .....	376
e) Schlussbetrachtung .....	376
3. Pflicht zur Vermeidung der Vertretung widerstreitender Interessen .	377
a) Anforderungen der Pflicht zur Vermeidung von Interessenkonflikten an die anwaltliche Mandatsbearbeitung .....	377
aa) Das Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen nach § 43a Abs. 4 BRAO und § 3 BORA .....	378
bb) Die Reform des § 43a Abs. 4 BRAO.....	380
cc) Auswirkungen auf die Pflicht zur Vermeidung von Interessenkollisionen .....	383
b) Folgen der Pflicht zur Vermeidung von Interessenkollisionen auf die Anwendung von Legal Technology .....	383

aa) Vergleichsabschlüsse in Legal-Tech-gestützten Massenverfahren .....	384
bb) Identifizierung von Interessenkollisionen bei einer automatisierten Erfassung des Sachverhalts .....	386
cc) Keine Interessenkollisionen bei der Inanspruchnahme externer Dienstleister .....	387
c) Rückwirkung auf Art und Umfang der Pflicht zur Vermeidung von Interessenkollisionen .....	388
d) Auswirkungen auf den anwaltlichen Sorgfaltsmäßigstab .....	389
e) Schlussbetrachtung .....	390
4. Die allgemeine Schadensverhütungspflicht .....	390
a) Anforderungen an die allgemeine Schadensverhütungspflicht ..	391
b) Wechselwirkung der allgemeinen Schadensverhütungspflicht mit der Anwendung von Legal Technology .....	391
aa) Allgemeine Anforderungen an die IT-Sicherheitsinfrastruktur .....	393
bb) Erforderliche Schutzmaßnahmen .....	394
cc) Auswirkungen auf den Sorgfaltsmäßigstab .....	397
dd) Schlussbetrachtung .....	398
V. Fazit .....	399

#### *Kapitel 4*

### **Wege zur Reduzierung des anwaltlichen Haftungsrisikos bei der Nutzung von Legal Technology** 402

A. Das Recht zur privatautonomen Ausgestaltung der Anwaltshaftung durch die Parteien des Anwaltsvertrags .....	403
I. Die Ausgestaltung des Anwaltsvertrags als Ausdruck der privatautonomen Gestaltungsfreiheit .....	404
1. Verfassungsrechtliche Absicherung der Vertragsfreiheit .....	405
2. Unionsrechtliche Absicherung der Vertragsfreiheit .....	406
3. Einfachgesetzliche Absicherung der Vertragsfreiheit .....	407
4. Fazit .....	410
II. Instrumente des anwaltlichen Risikomanagements zur Verminderung Legal-Tech-spezifischer Risiken .....	410
B. Beschränkung der Haftungsrisiken durch Weisungen des Mandanten .....	412
I. Rechtliche Grundlagen des vertraglichen Weisungsrechts .....	412
II. Abgrenzung der Weisung von einer vertraglichen Abrede .....	414
III. Eignung der Weisung zur Verringerung der Legal-Tech-bezogenen Haftungsrisiken .....	414
IV. Fazit .....	415
C. Beschränkung der Haftungsrisiken durch Haftungsbeschränkungen und Haftungsausschlüsse .....	416

I.	Definitionen .....	417
1.	1. Haftungsbeschränkung .....	417
2.	2. Haftungsausschluss .....	418
II.	Gesetzliche Grenzen für die Beschränkung und den Ausschluss der anwaltlichen Haftung .....	419
1.	1. Bestehen einer vertraglichen Beziehung zwischen Rechtsanwalt und Mandant .....	419
2.	2. Schranke des § 276 Abs. 3 BGB .....	420
3.	3. Schranke des § 134 BGB i. V. m. § 52 BRAO .....	421
a)	a) § 134 BGB als Bindeglied zum anwaltlichen Berufsrecht .....	421
b)	b) Die Schranken des § 52 BRAO für anwaltliche Haftungsbegrenzungen .....	422
aa)	aa) Grundlagen .....	422
bb)	bb) Die vertragliche Begrenzung von Ersatzansprüchen nach § 52 Abs. 1 S. 1 BRAO .....	424
(1)	(1) § 52 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BRAO .....	424
(2)	(2) § 52 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BRAO .....	428
(3)	(3) Verhältnis zwischen § 52 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BRAO und § 52 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BRAO .....	431
cc)	cc) Haftungsausschlüsse auf Grundlage des § 52 Abs. 1 S. 1 BRAO .....	432
dd)	dd) Rechtsfolge eines Verstoßes gegen § 52 BRAO .....	432
ee)	ee) Zwischenfazit .....	434
c)	c) Auswirkung auf die Beschränkung Legal-Tech-spezifischer Haftungsrisiken .....	435
4.	4. Schranke des § 138 BGB .....	436
a)	a) Grundlagen .....	437
b)	b) Sittenwidrigkeit von Haftungsbeschränkungen .....	438
5.	5. Schranken durch die Anforderungen an die Einbeziehung und Wirksamkeit Allgemeiner Geschäftsbedingungen gem. §§ 305 ff. BGB ..	438
a)	a) Grundlagen des AGB-Rechts .....	439
aa)	aa) Die Funktion der Kontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen .....	439
bb)	bb) Anforderungen an Allgemeine Geschäftsbedingungen .....	440
(1)	(1) Durch eine Partei gestellte Vertragsbedingungen .....	441
(2)	(2) Vorformulierte Vertragsbedingung .....	441
(3)	(3) Für eine Vielzahl von Verträgen bestimmte Klausel ...	442
(4)	(4) Keine im Einzelnen ausgehandelte Klausel (§ 305 Abs. 1 S. 3 BGB) .....	443
cc)	cc) Einbeziehungskontrolle .....	444
(1)	(1) § 305 Abs. 2 BGB .....	444
(a)	(a) § 305 Abs. 2 Nr. 1 BGB .....	445
(b)	(b) § 305 Abs. 2 Nr. 2 BGB .....	446

(2) § 305c Abs. 1 BGB .....	447
dd) Vorgaben zur Auslegung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen .....	448
ee) Inhaltskontrolle .....	449
(1) Anwendungsbereich der Inhaltskontrolle .....	450
(2) Inhaltskontrolle bei vorformulierten Vertragsbedingungen gegenüber Unternehmermandanten .....	450
(3) Die Generalklausel des § 307 Abs. 1 und 2 BGB.....	452
(a) Unangemessene Benachteiligung i. S. d. § 307 Abs. 1 S. 1 BGB .....	453
(b) Das Transparenzgebot des § 307 Abs. 1 S. 2 BGB .	456
(c) Unangemessene Benachteiligung nach § 307 Abs. 2 BGB .....	458
(aa) § 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB.....	459
(bb) § 307 Abs. 2 Nr. 2 BGB.....	460
(d) Berücksichtigung von den Vertragsschluss begleitenden Umständen des Einzelfalls .....	462
ff) Rechtsfolgen .....	462
gg) Verhältnis zu anderen Vorschriften .....	464
b) AGB-rechtliche Grenzen für Beschränkungen der anwaltlichen Haftung .....	464
aa) Einbeziehungskontrolle .....	465
bb) Vorgaben zur Auslegung von Haftungsbeschränkungen nach § 305c Abs. 2 BGB .....	466
cc) Inhaltskontrolle .....	466
(1) Anwendbarkeit der Inhaltskontrolle nach §§ 307 ff. BGB	466
(a) Streitstand .....	466
(b) Stellungnahme .....	467
(2) Vereinbarkeit mit § 309 Nr. 7 BGB .....	469
(3) Vereinbarkeit mit § 307 Abs. 1 S. 1 und Abs. 2 BGB ..	469
dd) Das Transparenzgebot des § 307 Abs. 1 S. 2 BGB .....	471
ee) Rechtsfolgen .....	473
ff) Zwischenfazit.....	474
6. Schranke des § 242 BGB .....	475
a) Grundlagen .....	475
b) Auswirkung auf die Beschränkung Legal-Tech-spezifischer Haftungsrisiken .....	476
<b>III. Folgen für die Eingrenzung Legal-Tech-spezifischer Risiken durch Haftungsbegrenzungen .....</b>	<b>477</b>
<b>D. Beschränkung des Haftungsrisikos durch die Ausgestaltung der anwalts-vertraglichen Pflichten des Rechtsanwalts.....</b>	<b>478</b>
I. Die vertragliche Beschränkung der anwaltlichen Pflichten .....	478
1. Allgemeine Anforderungen .....	479

a) Konkludente Beschränkung der anwaltsvertraglichen Pflichten . . . . .	479
b) Beschränkung der anwaltsvertraglichen Pflichten durch eine ausdrückliche vertragliche Abrede . . . . .	481
2. Rechtsfolgen bei wirksamer Beschränkung der vertraglichen Pflichten . . . . .	481
3. Abgrenzung zwischen Haftungsbeschränkungen und Beschränkungen der anwaltlichen Pflichten . . . . .	482
II. Gesetzliche Grenzen für die Beschränkung der anwaltsvertraglichen Pflichten des Rechtsanwalts . . . . .	483
1. Grenzen für die Beschränkung der anwaltlichen Leistungspflichten. . . . .	484
a) Disponibilität der anwaltlichen Pflichten . . . . .	484
b) Schranke des § 134 BGB . . . . .	484
aa) § 134 BGB i. V.m. § 52 BRAO . . . . .	485
bb) § 134 BGB i. V.m. § 43 BRAO . . . . .	486
c) Schranke des § 138 BGB . . . . .	487
aa) Äquivalenzstörungen . . . . .	487
bb) Missachtung des anwaltlichen Vertrauensverhältnisses . . . . .	488
cc) Fazit . . . . .	489
d) Schranke der §§ 305 ff. BGB . . . . .	490
aa) Einbeziehungskontrolle . . . . .	490
bb) Vorgaben zur Auslegung von Mandatsbeschränkungen nach § 305c Abs. 2 BGB . . . . .	491
cc) Inhaltskontrolle gem. §§ 307–309 BGB . . . . .	492
(1) Anwendungsbereich der Inhaltskontrolle . . . . .	492
(2) Vereinbarkeit mit § 309 Nr. 7 BGB . . . . .	493
(a) Streitstand in Rechtsprechung und Schrifttum . . . . .	493
(b) Stellungnahme . . . . .	495
(3) Vereinbarkeit mit § 307 Abs. 1 S. 1 und Abs. 2 BGB ..	497
(a) Vertragszweck des Anwaltsvertrags . . . . .	497
(b) Beschränkung der Pflicht zur umfassenden Sachverhaltaufklärung . . . . .	498
(aa) Ansätze zur Beschränkung der Pflicht zur umfassenden Sachverhaltaufklärung . . . . .	499
(bb) Rechtliche Beurteilung . . . . .	500
(cc) Fazit . . . . .	502
(c) Beschränkung der Pflicht zur umfassenden rechtlichen Prüfung . . . . .	502
(aa) Ansätze zur Beschränkung der Pflicht zur umfassenden rechtlichen Prüfung . . . . .	503
(bb) Rechtliche Bewertung . . . . .	503
(cc) Fazit . . . . .	504
(d) Beschränkung der Pflicht zur Beratung und Belehrung des Mandanten . . . . .	505

(aa) Ansätze zur Beschränkung der Pflicht zur Beratung und Belehrung des Mandanten . . . . .	505
(bb) Rechtliche Beurteilung . . . . .	506
(cc) Fazit . . . . .	509
(e) Beschränkung der Pflicht zur persönlichen Leistungserbringung . . . . .	509
(f) Fazit . . . . .	510
dd) Transparenzgebot gem. § 307 Abs. 1 S. 2 BGB . . . . .	510
e) Schranke des § 242 BGB . . . . .	512
f) Schlussbetrachtung . . . . .	513
2. Grenzen für die Beschränkung der anwaltlichen Nebenleistungs- und Schutzpflichten . . . . .	514
a) Hinweispflichten gem. § 241 Abs. 2 BGB . . . . .	515
aa) Schranke des § 134 BGB . . . . .	515
bb) Schranke des § 138 BGB . . . . .	516
cc) Schranke der §§ 305 ff. BGB . . . . .	518
(1) Einbeziehungskontrolle . . . . .	518
(2) Inhaltskontrolle gem. §§ 307–309 BGB . . . . .	519
(a) Ausschluss der Pflicht zur Risikoaufklärung . . . . .	519
(b) Beschränkung der Pflicht zur Risikoaufklärung . . . . .	520
(aa) Anforderung an die Interessenabwägung . . . . .	520
(bb) Beschränkung genereller Risiken . . . . .	521
(cc) Beschränkung einzelfallbasierter Risiken . . . . .	522
(c) Schlussbetrachtung . . . . .	522
(3) Transparenzkontrolle gem. § 307 Abs. 1 S. 2 BGB . . . . .	523
dd) Schranke des § 242 BGB . . . . .	524
ee) Fazit . . . . .	524
b) Die anwaltliche Verschwiegenheitspflicht . . . . .	525
aa) Dispositionsbefugnis des Mandanten . . . . .	526
bb) Schranken des § 134 BGB i. V. m. § 43a Abs. 2 BGB . . . . .	526
(1) Allgemeine Voraussetzungen für eine wirksame Entbindung von der anwaltlichen Schweigepflicht nach § 43a Abs. 2 BGB . . . . .	527
(2) Entbindung von der anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht bei Nutzung digitaler Kommunikationskanäle und bei mobilem Arbeiten . . . . .	527
(3) Entbindung von der anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht bei Inanspruchnahme von Dienstleistungen . . . . .	528
(4) Fazit . . . . .	529
cc) Schranke des § 138 BGB . . . . .	530
dd) Schranke der §§ 305 ff. BGB . . . . .	531
(1) Einbeziehungskontrolle . . . . .	531
(2) Inhaltskontrolle gem. §§ 307–309 BGB . . . . .	531

(3) Transparenzkontrolle gem. § 307 Abs. 1 S. 2 BGB ....	533
ee) Schranke des § 242 BGB .....	533
ff) Fazit .....	533
c) Die Pflicht zur Wahl des relativ sichersten Weges .....	534
aa) Schranke des § 138 BGB .....	534
bb) Schranke der §§ 305 ff. BGB .....	535
cc) Fazit .....	536
d) Die Pflicht zur Vermeidung der Vertretung widerstreitender Interessen .....	536
aa) Schranke des § 134 BGB i. V. m. § 43a Abs. 4 BRAO .....	536
bb) Schranke des § 138 BGB .....	537
cc) Schranke der §§ 305 ff. BGB .....	537
dd) Fazit .....	538
e) Die Pflicht zur Ergreifung der erforderlichen IT-Sicherheitsmaßnahmen .....	538
aa) Schranke des § 138 BGB .....	539
bb) Schranke der §§ 305 ff. BGB .....	539
cc) Schranke des § 242 BGB .....	540
dd) Fazit .....	541
f) Schlussbetrachtung .....	541
III. Folgen für die Eingrenzung Legal-Tech-spezifischer Risiken durch Begrenzungen der anwaltlichen Pflichten .....	542
E. Beschränkung der Haftungsrisiken durch die Nutzung juristischer Personen und Personengesellschaften mit begrenzter Haftung .....	543
I. Haftungsbegrenzung durch die Wahl der Gesellschaftsform .....	544
1. Die Personengesellschaft als Vehikel zur Begrenzung des Haftungsrisikos .....	544
2. Die Kapitalgesellschaft als Vehikel zur Begrenzung des Haftungsrisikos .....	546
3. Auswertung .....	548
II. Begrenzung der Haftung durch die Konzentration auf einzelne Mitglieder der Berufsausübungsgesellschaft .....	549
III. Folgen für die Eingrenzung der Legal-Tech-spezifischen Risiken durch die Nutzung juristischer Personen oder Personengesellschaften .....	551
F. Beschränkung der Haftungsrisiken durch den Abschluss einer geeigneten Berufshaftpflichtversicherung .....	552
I. Grundlagen der anwaltlichen Berufshaftpflichtversicherung .....	552
II. Gesetzliche Vorgaben für die anwaltliche Berufshaftpflichtversicherung .....	554
1. Vorgaben nach dem Versicherungsvertragsgesetz .....	554
2. Vorgaben nach der Bundesrechtsanwaltsordnung .....	554
III. Vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten .....	557
IV. Die Versicherungsabdeckung bei Nutzung von Legal Technology durch den Rechtsanwalt .....	559

1.	Abdeckung durch die Pflichtversicherung .....	559
2.	Möglichkeiten zur Abdeckung ungedeckter Schadensrisiken .....	561
V.	Folgen für die Eingrenzung der Legal-Tech-spezifischen Risiken durch den Abschluss von Haftpflichtversicherungen .....	563
G.	Schlussbetrachtung .....	564

*Kapitel 5*

<b>Zusammenfassung und Ausblick</b>	568
A. Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse .....	568
B. Ausblick .....	573
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	576
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	615